

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 29. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 126

Kollegen!

Die Nürnberger Generalversammlung unsres Verbandes hat beknüpflich mit großer Mehrheit beschlossen, an der zentralen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen festzuhalten. Unter Beachtung dieser Stellungnahme unsrer höchsten Organisationsinstanz sind letztmalig im September d. J. durch zentrale Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium kurzfristige Lohnbedingungen für das Buchdruckgewerbe vereinbart worden. Dabei war ein Resultat zu verzeichnen, das die gewaltige Verteuerung der gesamten Lebenshaltung zwar nicht ausgleicht, das aber anerkanntermaßen doch über das hinausgeht, was bisher auf zentralem Wege zu erreichen möglich war. Trotz scharfer Kritik wurde das neue Lohnabkommen nur von einem verhältnismäßig kleinen Teile der Kollegenschaft verworfen. Den Hauptanstoß aber bildete bei einem großen Teile die Zweiteilung der neuen Lohnzulage. Die Verbandsleitung unternahm deshalb in Berücksichtigung der entstandenen Mißstimmung und der fortschreitenden Teuerung alsbald Schritte, um die frühere Auszahlung der Novemberrate herbeizuführen. Es gelang ihr indessen nicht, da die Leitung des Deutschen Buchdruckervereins, unter Hinweis auf das inzwischen erfolgte lokale Vorgehen einer Reihe von Mitgliedschaften zur Durchsetzung außertariflicher Forderungen, jede Änderung des Lohnabkommens entschieden ablehnte, weil nach Aufassung der Prinzipalsorganisation die Einhaltung des Vertrags auch dann nicht gewährleistet sein würde.

Kollegen! Die örtlichen Bewegungen gefährden nicht bloß das Ansehen unsrer Organisation als Vertragskontrahent in bedenklichem Maße, sondern der kleine Teil unsrer an wilden Streiks beteiligten Mitglieder schädigt durch sein Sondervorgehen die Interessen der Allgemeinheit insofern, als es dieser nur um so schwerer gemacht wird, auf dem Lohngebiete vorwärts zu kommen. Der Beweis dafür ist erbracht worden. Das eigenmächtige Vorgehen einzelner Spartenkreise bildet dabei noch eine besonders bedauerliche Erscheinung.

Die Einhaltung eingegangener Verträge ist die Voraussetzung für die Vertragsfähigkeit überhaupt. Ebenso wie die Gehilfenschaft die Erfüllung des Tarifvertrags von der Prinzipalität unter allen Umständen verlangt, hat auch der andre Teil das unbefreibare Recht, auf der Erfüllung der eingegangenen tariflichen Verpflichtungen zu bestehen. Alle Verbandsfunktionäre und Mitgliedschaften haben deshalb die Pflicht, unter Berücksichtigung der bestehenden zentralen Vereinbarungen bei drohenden Konflikten jede Verhandlungsmöglichkeit zu erschöpfen und rechtzeitig die Tarif- und Organisationseinrichtungen in Anspruch zu nehmen. Streiks, die ohne Zustimmung der Verbandsleitung geführt werden, dürfen weder direkt noch indirekt unterstützt werden.

Wenn sich das harte Ringen um die Verbesserung der Existenzbedingungen der Allgemeinheit der Berufsgenossen einigermaßen aussichtsreich gestalten soll, bleiben zentrale Verhandlungen der einzig richtige Weg. Sollten diese zu keinem annehmbaren Ergebnisse führen, so hat auch in diesem Falle nur die Gesamtorganisation die weiteren Maßnahmen zu bestimmen. Örtliche Bewegungen bedeuten eine Nichtachtung der Generalversammlungsbeschlüsse und schädigen das Allgemeininteresse. Einheitslichkeit, Geschlossenheit und Disziplin sind Lebensfragen jeder Gewerkschaft, ohne die auch unsre Organisation ihre wichtigen Aufgaben nicht erfüllen kann.

Die diesmalige Gauvorsteherkonferenz sah sich abermals vor die Aufgabe gestellt, angesichts der fortgesetzten sprunghaften Verteuerung der gesamten Lebenshaltung der Gehilfenschaft einen Ausweg zu suchen. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die darauf abzielen, noch vor Ablauf der Vertragsfrist den durch die inzwischen eingetretene weitere Verteuerung gegebenen Notwendigkeiten für die Allgemeinheit Rechnung zu fragen.

Um so mehr muß von der Gehilfenschaft ernstlich erwartet werden, daß sie gewerkschaftliche Disziplin wahrt, d. h. daß sie sich den selbstgegebenen Befehlen freiwillig unterwirft. Nur dann, wenn alle Mitglieder mit festem Vertrauen auf unsre erprobte Organisation erfüllt sind, ist auf Fortschritte zu rechnen. An die Stelle fruchtloser Kritik muß vorwärtstrebendes Schaffen treten. Die geistige Klarheit über die wirtschaftlichen Zusammenhänge und über das im Rahmen des Gesamtgewerbes Mögliche wird jenes solidarische Zusammenwirken aller Verbandskollegen erzeugen, das allein zum Erfolge führt.

Alles für und alles durch den Verband der Deutschen Buchdrucker!

Berlin, den 25. Oktober 1921.

Die Gauvorsteherkonferenz

Gauvorsteherkonferenz

Wie die Dinge sich immer mehr anormal entwickeln und die Ergebnisse sich auseinander türmen, dafür spricht jedenfalls auch der Umstand, daß am 24. und 25. Oktober zum viertenmal schon in diesem Jahr eine Gauvorsteherkonferenz unsres Verbandes tagen mußte. Mit welchem Ernst die tarifliche und die organisatorische Lage zu betrachten ist, das bekundet der voranstehende Aufruf der Gauvorsteherkonferenz so deutlich, wie ihn auch eine ausführlichere Berichterstattung nicht klarer kennzeichnen könnte, wenn die Verhältnisse sie gestalten würden. Dem stehen aber gewisse Bedenken entgegen, die diesmal mehr zu berücksichtigen sind, weil der Verband in den verflochtenen letzten Wochen schon genug Schaden erlitten hat. Nach zehn Jahren ist es das erste mal, daß eine Gauvorsteherkonferenz sich zu einem solchen Appell an die Gesamtheit der Kollegenschaft gezwungen sieht. Wie im Jahre 1911 der Notallianzkonflikt in Berlin dann doch Einkehr und Geländung brachte, so mögen nunmehr die eindringlichen Worte unsrer zweithöchsten Instanz ihre Wirkung nicht

verfehlen. Dann, nur dann werden wir unsrer Unternehmlichkeit gegenüber das durchsehen können, was schon die allernächste Zeit für die Allgemeinheit erfordert!

Die vierte Gauvorsteherkonferenz war von allen Gauvorstehern und Gehilfenvertretern besucht bis auf den Kollegen Lindenlaub (Obershein), der krankheitshalber durch den Kollegen Hakenrah vertreten wurde. Der gesamte Verbandsvorstand und alle Tarifamtsbeisitzer waren erschienen, ebenso die Redaktion vollständig, und auf Ersuchen nahm auch der Tarifamtsgeschäftsführer auf einige Stunden an den ersten Beratungen teil. Vertreten waren ferner der Bildungsverband und die Freie Faktorenvereinigung. Die Vorsitzenden der graphischen Organisationen wohnten mit dem Sekretär des Graphischen Bundes den Verhandlungen am zweiten Tage bei und gaben ihnen durch ihre bedachtvollen Darlegungen noch höhere Bedeutung. Die Hilfsarbeiterorganisation konnte wegen einer in München gerade stattfindenden Beiratsitzung nicht vertreten sein.

Punkt 1 der Tagesordnung: „Die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Lohngebiete“, gestaltete sich

zu einer langausgedehnten, ungemein wichtigen Debatte tariflicher und gewerkschaftlicher Natur. Der Verbandsvorsitzende schilderte in eingehenden Ausführungen, wie die Verbandsleitung fortgesetzt von der Prinzipalsleitung mit Vorstellungen und Vorwürfen bedacht worden sei über die ihrer Zahl nach auffallend vielen wilden Bewegungen, die aber keineswegs einen solchen Gehilfenanteil ausmachten, wie es von der andern Seite, namentlich in der „Zellschrift“, hingestellt werde. Wenn man Hamburg wegnehme, erscheine die Ziffer ganz anders. Trotzdem seien diese Vorgänge aufs tiefste zu beklagen. Im September wäre in letzter Minute noch ein Ergebnis auf dem Lohngebiete erzielt worden, mit dem die Buchdrucker sich sehr wohl leben lassen können neben den andern Arbeitern. Ganz bestimmt seien wir das letztmal ein größeres Glück vorwärts gekommen. Die Teuerungsverhältnisse entwickelten sich doch für die Gesamtheit der Gehilfen und für alle Arbeiter in schnellerem Tempo ungünstig, da könnte eben nur durch häufigere Lohnfestsetzungen geholfen werden, soweit das überhaupt noch möglich sei bei diesem katastrophalen Zustande, nicht aber durch eigenmächtiges Heraus-

fresen einzelner Gewerkschaften, die dabei nicht an die Allgemeinheit denken. Die Gewerkschaften und die Gewerkschaften hätten mit der Verbandsleitung alles versucht, um diese Bewegungen hintanzulassen oder einzudämmen nach ihrem Ausbruch. Er selbst sei in Erfurt und in Berlin persönlich in den Versammlungen für Wieder- aufnahme der Arbeit eingetreten und habe rüchlichstos ausgeprochen, was die Organisations auf Grund der Gener- alversammlungsbeschlüsse von jedem Mitgliede zu ver- langen hat. Die Prinzipalstellung habe mit dem fallchen Mittel der Ausperrung gebroht, habe die Ausschüsse ganzer Mitgliedschaften verlangt, habe aber immer überleben, daß ihre eignen Leute sich ja auch nicht an Beschlüssen und den Aufforderungen von Leipzig aus keine Beachtung schenken. Die Verbandsleitung habe nach Leipzig geantwortet, daß eine eventuelle Ausperrung die schärfsten Gegenmaßnahmen von Gewerkschaften zur Folge haben werde. Man sei dann am 17. Oktober in Leipzig zu einer Aussprache in kleinem Kreise zusammengelommen. Die Gewerkschaften habe dar- mit den Versuch unternommen, auf Grund aller Vorgänge und der immer unerträglich werdenden Teuerungsver- hältnisse der führenden Prinzipalität klarzumachen, daß die zweite Rate des Lohnabkommens schon ab 1. No- vember oder möglichst noch früher zur Auszahlung ge- gangen sollte und daß dann neue Verhandlungen baldigst stattfinden müßten. Wenn einmal auch verständiges Ent- gegenkommen erkennbar werden wollte, so war doch im all- gemeinen gar nichts zu erzielen. Die Ereignisse in Berlin kamen gerade ins Rollen und bei den Parteien zeigten sich auch Willkürlichkeiten. Das führte dann dazu, daß die Aussprache in Leipzig ganz ergebnislos verlief. Die Prinzipalitätsleitung verlangte immer wieder von der Ver- bandsleitung eine bestimmte Garantie, daß die ge- troffenen Vereinbarungen nicht gleich wieder von Ge- werkschaften durchbrochen würden; es könne das vielleicht in der Weise geschehen, daß der Verband im Eventual- falle den Lohn für die Kündigungzeit an die Prinzip- alität als Garantiesumme leiste. Selbstverständlich konnte die Verbandsleitung darauf nicht eingehen, so sehr sie auch verurteilen mußte, daß von Gewerkschaften unsere Vertragsfähigkeit derartig mißachtet werde. Es sei auch entliehen zu verurteilen, daß wie in dem (näher vom Kollegen Seib geschilderten) Fall Mosse und bei andern Vorgängen solcher Art die Gewerkschaften es zunächst ablehnen, daß die Tarifinstanzen vermittelnd eingreifen, obwohl es nachher doch fast immer dazu kommt. Es habe sich aus der Leipziger Aussprache ergeben, daß durch die brüchlichen Bewegungen die Allgemeinheit leiden solle, indem die Prinzipalität sich zu neuen Verhandlungen nicht bereit zeige. Wir müßten aber im Interesse der Gesam- heit etwas unternehmen, das könne nur die Kündigung des Lohnabkommens schon jetzt sein und Überlegung der zweiten Rate. Die Folgen dieses Vorgehens könnten von großer Tragweite sein. Daher wäre auf schnellstem Wege die Gewerkschaften einberufen worden. Sie mache sich aber auch notwendig, um die inneren Dinge wieder zu einem gesunden gewerkschaftlichen Standpunkte zurück- zuführen.

Die Diskussion füllte den ganzen ersten Tag aus und ging noch zum zweiten über. Dem Verbandsvorstande wurde über sein schnelles Handeln jetzt Anerkennung ge- zollt, andererseits wurde von einzelnen Rednern bedauert, daß die Verbandsleitung wie die Redaktion nicht gleich nach den letzten Verhandlungen öffentlich kräftiger oder mit mehr Unterstützung durchgegriffen hätten. Wir wären tatsächlich in ein Chaos geraten. Von den beiden Stellen aus wurde entgegen angeführt, was geschehen sei. Man habe doch überhaupt erst einmal leben müssen, wie die Aufnahme des Lohnabkommens vom September draußen im Reich vor sich gehen werde; die Erwartungen konnten sich nach dem materiellen Ergebnisse doch nur im günstigen Sinne bewegen. Weiter wurde kritisiert, daß Sparten- referenten in rein technischen Vorträgen gewerkschafts- politische Dinge in alles andere denn aufklärender Weise ver- führten. Dem Zustande der Zerlegung müsse entschieden entgegen gearbeitet werden, äußerlichfalls mit den statuta- rischen Mitteln. So gut der Artikel des Kollegen Schleichs auch sei, wir können nicht herum, über die Frage, ob weiter noch zentral verhandelt werden solle, eine Ab- stimmung vorzunehmen. Störungen machten sich mehrfach Bedenken geltend, dabei wurde aber von vielen Rednern der Abstimmung über die Lohnabkommen das Wort geredet. Müßte eine solche nach den Septemberverhand- lungen stattgefunden, wären die überflüssigen Verwerfungen und eigenmächtigen Bewegungen jedenfalls unterblieben, denn die Kollegenchaft hätte doch in Respektierung ihres eignen Willens erst durch die Abstimmung zu be- wußten müssen; sie sei auch noch das Mittel, um die gewerkschaftliche Disziplin wieder aufzurichten. Andererseits wurden wieder Beschränkungen über unerwünschte Entsch- lungen, die Abstimmungen im Gefolge haben könnten, laut. Der Hamburger Konflikt, der ja leider diesmal richtunggebend war, fand auch nähere Darstellung; die von der dortigen Kollegenchaft auf seine Auswirkung im Reich gelebten Hoffnungen hätten sich am wenigsten erfüllt. Es war auch noch bemerkenswert, zu hören,

welche Zerfahrenheit in der Methode der brüchlichen Streiks befaßt. In der einen Stadt wollte man erst General- streik führen und auch alle Arbeiterbetriebe stilllegen, wo- gegen sich aber Vertreter anderer Gewerkschaften und auch die Kommunisten wandten. In einer andern wieder wurden nur die Zeltungsbetriebe in den Bewilligungskreis ein- bezogen. Bei den Maßnahmenfeierlichkeiten in Rheinland- Westfalen arbeiteten meistens die Handwerker und andre Sparten weiter. Ein ähnliches Durcheinander zeige sich bei den zu neuen zentralen Verhandlungen zu stellenden Forderungen. Die Gewerkschaften würden, wenn es mehr zu brüchlichen Lohnabmachungen käme, von der Prinzipalität schwer gegeneinander ausgespielt werden. Die jetzt viel- fach kritisierten, abgesehen schon verringerten ortsweisen Lohn- stellungen würden eine zur direkten Gefahr werdende Ausdehnung annehmen; durch die brüchlichen Aktionen werde dieser bedenkliche Weg bereits eingeschlagen. Sehr bezeichnend wäre es doch, daß das Unternehmertum auf der ganzen Linie seine Sympathie für brüchliche Lohn- stellungen immer offener bekunde; sie können also der All- gemeinheit gar nicht nützen und würden der Provinz zum direkten Verhängnis werden. Es sei doch auch ein auf- fälliger Widerspruch, alle graphischen Organisationen zu einem Inbuitrieberbände zusammenzuführen zu wollen oder als Vorstufe einseitliche Verhandlungen für alle graphi- schen Gruppen mit der Unternehmertum zu verlangen, und dabei immer mehr brüchliche oder gar betriebsweise Be- wegungen zu unternehmen. Zentral zu stellende Forde- rungen und zentrale Verhandlungen wurden deshalb von allen Rednern als der immer noch richtige Weg be- zeichnet, wenn nebenbei auch im einzelnen etwas andre Betonungen unterließen. Aber Vorgänge in den Versamm- lungen kamen Dinge zur Sprache, die in einer so allen Organisationen einfach undenkbar sein müßten. Ganz un- glaubliche Behauptungen wurden miteinander aufgestellt; so war in der Versammlung einer Großstadt zu hören, es wären im September ja nur 17 Mk. herausgekommen, ein Redner in einer andern rechnete schon 39 Mk. heraus, und so gebe es fort. Spreche man mit den Kollegen im einzelnen, dann werde alles viel vernünftiger beurteilt. Viel verdanke ja die Not, aber die Treiberei der kom- munistischen Presse und auch die Kraftworte von kom- munistischen Rednern in den Versammlungen brächten alles wirklich durcheinander. Werde nachgeprüft, was das Resultat der disziplinlosen Einzelkämpfe ist, dann er- gebe sich kein Anreiz zur Nachahmung; man sei ja auch in solchen Orten schnell erlöschter, wenn hohe Extra- beiträge auf lange Zeit gezahlt werden müßten, um die eingegangenen Schulden abzuzahlen. Die Sammelreisen, die eigentlich auch schon eine Verletzung des Münzberger Generalversammlungsbeschlusses sind, werden keine Hilfe bringen können, denn solche Anforderungen seien nicht mehr mehr zu erfüllen. Es seien schon Beschlüsse gefaßt von größeren Ortsvereinen, von einer Weitergabe "vollständig Abstand zu nehmen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund berette ebenfalls Schritte gegen die wilden Bewegungen vor und das Sammelwesen dafür. Daß für alle Funktionäre der Münzberger Beschlüsse gegen wilde Bewegungen bindend ist, wurde noch einmal betont. Leider lassen die fortwährenden Lohnverhandlungen mit ihren Vorparierungen und Nach- schieben eine richtige gewerkschaftliche Erziehungsarbeit in Wort und Schrift nicht mehr zu; dieser Notwendigkeit müsse aber doch wieder zu genügen versucht werden. Das Ver- sammlungsleben würde dann gesunden und das Urteils- vermögen wieder normal werden. Den Funktionären wurde zur Pflicht gemacht, auch den eignen Leuten gegen- über rüchlichstos auszusprechen, was ist.

Wenn auch vor der eignen Türe tüchtig geklopft werden mußte, so wurde der Prinzipalität doch nichts geschenkt. Die Sünden von früher trügen auch zu den jetzigen brü- chlichen Konflikten bei, die von Prinzipalseite auf 25 bis 30 angegeben werden. Wir Buchdrucker seien mit dem Lohne nun zwar mehr vorangekommen und hätten nach- weisbar höhere Bewilligungen durchgefaßt, als speziell in der Metallindustrie verschiedenlich erst auf dem Kampsweg erreicht wurde, was aber in dem Prinzipalsorgan über unsere jetzigen Löhne zum Ausdruck gekommen sei, wäre verurteilt Irreführung der Öffentlichkeit. Die Prinzipalität mit ihrer zentralen Hochbeinigkeit und der brüchlichen Nach- giebigkeit andererseits mißredigere die Tarifgemeinschaf am allermeisten. Wenn in der „Zeitschrift“ in den letzten Wochen mehrfach gesagt wurde, die Gewerkschaften hätten keine Autorität mehr, dann sei das gerade ein „Erfolg“ der bezeichneten verfehlten Prinzipalpolitik. Es grenze schon stark an Demagogie, wenn immer wieder Prinzip- ale ihren Botenrednern laßen, es müßte nur im Tarif- ausschusse von den Gewerkschaften lester aufgetreten werden, die Prinzipalvertreter würden dann schon nach- geben. Dabei sei doch erwiesen, daß fast jedesmal in den letzten zwei Jahren eine Verfindigung im Tarifauschusse gar nicht möglich geworden sei, sondern ein unparteiliches Schiedsgericht von Außenstehenden erst große Mühe auf- wenden mußte, um überhaupt zu einem Resultat zu kommen. Die Tagesordnungen der Tarifauschüsse können deshalb nur noch bis zum Hauptpunkte erledigt werden. Ein Bezirksvorsitzender kam mit seinen An-

wesungen, unter keinen Umständen freiwillige Zugestän- disse zu machen, besonders zur Vorstellung. Es wird noch mehr solcher Sünden geben, so daß schließlich einmal deutlicher geredet werden kann. Die Schutzgemeinschaf hat sich wieder in einer Weise benommen, daß dieses Tun immer entliehener verurteilt werden muß. Man habe versucht, Gewerkschaften Vorhaltungen zu machen, ihnen Anweisungen zu erteilen und habe zum Teil Dinge be- hauptet über Gewerkschaften, die sich als direkt un- wahr herausgestellt hätten. Mit der in Berlin ja nun verurteilten Ausperrungsmethode werde die Prinzipalität bestimmt nicht Herr von Verbältnissen werden, die sie ja selbst wesentlich verurteilt. Dieser Solidarität der Prinzipale und Zeltungsleiter werde die Gewerkschaft in jedem Falle die stärkere von ihrer Seite entgegenstellen. Die Ge- werkschaften hätten durch die Tat bewiesen — auch in Berlin —, daß sie die Tarifinstanzen immer wieder zur Respektierung bringe, die Prinzipalität sollte aber durch die gerügten Umstände deren Ansehen nicht ebenso schädigen.

Dem Tarifauschussesvorsitzende wurde so Gelegenheft gegeben, zu erheben, daß Eile zum Handeln sehr notth, zumal der Ausgang des Berliner Konflikts neben dem Ausgleich von 8 Mk. für das Heenemann-Mallin-Ab- kommen doch die sofortige Zahlung der zweiten Rate ge- bracht hat. Der Antrag, diese nun auch schnellstens für die Allgemeinheit einzutreten zu lassen, wurde daher von ihm entgegengenommen und vor Abschluß der Debatte noch an die Prinzipalstellung in Leipzig weitergeleitet. Es kann nicht erst wieder großer Schriftwechsel stattfinden, was ja Leipziger Faktik ist, wozu man zu Beginn der Konferenz sich abermals überzeugen konnte. Die Kün- digung des Lohnabkommens schon jetzt, damit neue Ver- handlungen am Mitte November stattfinden können, wor- das weitere unbestrittene Erfordernis, dem auch sogleich praktisch entsprechen wurde.

Aber die Notwendigkeit einer Kundgebung an die ge- samte Kollegenchaft bestand kein Zweifel. Es wurde am Abend des ersten Tages noch eine Kommission eingelegt, die einen Entwurf dazu ausarbeiten und alle groben Punkte der Debatte, bei der mehrmals auch die Unhalt- barkeit verschiedener Lokalauflagsstellungen erwähnt wurde, darin festhalten sollte.

Durch die Teilnahme der Vertreter von den übrigen Organisationen an unserer Gewerkschaftskonferenz wurde die Diskussion am zweiten Tag auf eine breitere Grund- lage gestellt. Dabei zeigte es sich, daß die wirtschaftlichen Verbältnisse für die verschiedenen Branchen der graphi- schen Industrie sehr unterschiedlich liegen, daß beispiele- weise im Lithographen- und Steinbrudergewerbe, das stark auf den Export angewiesen ist, die Lohnpolitik von wesent- lich andern Gesichtspunkten beurteilt werden muß als im Buchdrudergewerbe. Die Rücksichtnahme auf die Exportmög- lichkeit ihres Gewerbes bildet jedoch nicht die einzige Schwierigkeit, mit der unser Schwager vom Stein zu rechnen haben. Ein Umstand, der ihnen die Festlegung kurzfristiger Abmachungen ganz besonders erschwert, liegt in der langen Dauer, die die technische Fertigstellung großer Aufträge erfordert. Dem Verlangen nach mög- lichst kurzfristigen Verträgen auf Arbeiterseite steht das Verlangen der Unternehmer gegenüber, für Lohnabkommen eine mindestens vierstellige Frist festzulegen. Dafür wird von den letzteren geltend gemacht, daß die getroffenen Lohnvereinbarungen die Grundlage ihrer Kalkulation für die Auslandsaufträge bilden, und daß eine kurzfristige Geltungsdauer die Exportmöglichkeit stark unterbinde, worunter die Arbeiterschaft schließlich am empfindlichsten zu leiden haben werde. Bei dieser Sachlage ist damit zu rechnen, daß im Steinbrudergewerbe von der Gewerkschaften- führung der härteste Kampf um die Vertragsdauer ge- führt werden muß. Die gewerkschaftlichen Erfolgsmög- lichkeiten der Lithographen und Steinbrudergewerbe aber auch sonst noch eigenartig beeinflusst. Von einem Streik in diesem Gewerbe wird die breite Öffentlichkeit nicht ent- fernt so stark berührt als von einer Stilllegung des Buch- drudergewerbes, namentlich der Zeltungen. Es war ein interessantes Bild gewerkschaftlicher Erfahrungen, das der Vorliegende des Lithographen- und Steinbruderverbandes vor unserer Gewerkschaftskonferenz entrollte. Dabei wurden auch die Beweggründe und Ausblicksmöglichkeiten be- leuchtet, zu einem graphischen Industrieverbande zu ge- langen. Die Voraussetzungen hierfür liegen zur Zeit durchaus nicht so einfach, wie manche Befürworter des Industrieverbandes annehmen. Das Wirtschaftsleben hat seine eignen Gesetze, die sich durch Resolutionsen und For- men nicht meistern lassen. Die Wahrnehmung der Interessen sämtlicher in der graphischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen durch den Industrieverband würde genau so, wie das in der Berufsorganisation der Fall ist, ab- hängig sein von der wirtschaftlichen Prosperität in den ein- zelnen Branchen. Es ist gewerkschaftlich undenkbar, daß auf Kosten einzelner Gruppen die übrigen zeitweilig über Wasser gehalten werden können. Eine schematische Über- tragung unterschiedlicher wirtschaftlicher Verbältnisse ver- dielet sich von selbst. Die einzelnen graphischen Verbände müssen unter den gegenwärtigen Umständen lediglich versuchen, sich über einseitliche Forderungen und gleichzeitigen Abauf

der Lohnverträge zu verständlich. Dazu bietet die organisatorische Angliederung, wie sie im Graphischen Bunde gegeben ist, die beste Gelegenheit.

Der Vorsitzende des Buchbinderverbandes wies zunächst den Vorwurf zurück, daß die Buchdrucker von dem jüngsten Vorgehen der Buchbinder nicht unberührt worden wären. Im Graphischen Bunde sei darüber berichtet worden. Der Fortschritt der Buchdrucker auf dem Lohngebiete habe eine begreifliche Inanspruchnahme bei den Buchbindern ausgelöst. Für die nächsten Tage händen neue Tarifverhandlungen in Weimar bevor, die sich kompliziert und schwierig gestalten dürften, da mit Vertretern von sechs Unternehmerorganisationen verhandelt werden müsse. Die Aufstellung einheitlicher Forderungen sei unmöglich, höchstens für die Buchbinder in Druckereten. Erwünscht sei die Teilnahme eines Vertreters des Buchdruckerverbandes an den bevorstehenden Verhandlungen, um dabei wenigstens einen Anhaltspunkt zu gewinnen über die mannigfachen Schwierigkeiten, womit im Buchbinder-gewerbe zu rechnen sei. Auch der Vorsitzende der Buchbinderorganisation versuchte nicht, auf seine speziellen Erfahrungen in der Tarifpolitik hinzuweisen. Die Situation liegt auch im Buchbinder-gewerbe außerordentlich verwickelt und schwierig. Der Geschäftsgang war lange Zeit hindurch, namentlich in Leipzig, nicht besonders günstig. Neuerdings ist eine Besserung zu verzeichnen. Durch Gruppierung der andern graphischen Organisationen hinter den Buchdruckern hofft man zu besseren Abschlüssen zu gelangen, als es bisher möglich war. Eine eigenständige gewerkschaftliche Tätigkeit festzulegen, ist unter den heutigen Zeitverhältnissen nahezu unmöglich.

Von allen Konferenzteilnehmern wurde es lebhaft bedauert, daß die Allgemeinheit unserer Mitglieder nicht Gelegenheit habe, Ohrenzeuge solcher ungeschminkten Ausführungen zu sein, wie sie von den Vertretern der übrigen graphischen Verbände auf der diesmaligen Gewerkschaftskonferenz gemacht wurden. Es muß der mündlichen Berichterstattung überlassen bleiben, davon zweckentsprechenden Gebrauch zu machen. Im übrigen wurde es als bedauerlich empfunden, daß es in der Zeitfrist, wo eine Lohnbewegung die andre jagt, innerhalb der einzelnen Gewerkschaften und im Graphischen Bund an Zeit und Gelegenheit fehlt, Zukunftsfragen zu erörtern. Schwierigkeiten organisatorischer Art zu überwinden, ist jetzt erst recht unmöglich. Vom Sekretär des Graphischen Bundes wurde für notwendig erachtet, in einer gemeinsamen Funktionärskonferenz sämtlicher graphischen Verbände wichtige Organisationsfragen, namentlich die Frage gegenständlicher Tätigkeit, zu erörtern. Hierzu verdrängte sich die Aussprache auf die Verbindungen der Verbände, die sich um einen der sorgfältig steigenden Steuern entsprechenden Lohnausgleich herbeizuführen. Die Diskussion drehte sich nicht um das allernötigste Ausmaß der Forderungen, sondern mehr um zeitgemäße Lohngrundlagen, wie sie im „Korr.“ verschiedentlich behandelt worden sind. Dabei wurden die Vor- und Nachteile der Inderlöhne gewissenhaft gegeneinander abgewogen, und schließlich kam die Aussprache dahin aus, daß die allgemeinen Lebensnwendigkeiten die Grundlagen für neue Lohnforderungen abgeben müssen. In einer Vorbesprechung der Gehilfenvertreter vor dem Zusammenritt des Tarifausschusses wird die Grundlage für einheitliche Forderungen gesucht und gefunden werden müssen. Von verschiedenen Seiten wurde in der Aussprache auf die bedauerlichen Zeichen mangelnden wirtschaftlichen Denkens hingewiesen, die vor und nach jeder Lohnbewegung bei uns weit mehr als in andern Berufen zu verzeichnen sind. Als Beweis dafür wurden drastische Beispiele angeführt. Nicht wenige Mitgliedern senden einander in Form von Waldzettelchen ihre Gedanken polternd an. Man beschränkt sich einfach aufs Abschreiben. Das gleiche ist bei der Abfassung von Resolutionsentwürfen zu konstatieren. Das eine derartige geistige Unformität nicht geeignet ist, besonderen Eindruck zu machen, darüber sollte sich keine Mitgliedschaft im Zweifel befinden.

Die Verhandlungen am Nachmittage des zweiten Tages führten zunächst zu einer Aussprache über den inwischen von einer Kommission ausgearbeiteten Entwurf des an der Spitze der heutigen Nummer veröffentlichten Aufrufs

an die gesamte Kollegenchaft. Nach einigen Änderungen wurde dieser einstimmig angenommen.

Hierauf wurde zu dem Verhältnisse der in Staatsbetrieben (Eisenbahn, Post und sonstigen staatlichen oder kommunalen Buchdruckabteilungen) als Buchdrucker beschäftigten Mitglieder bezüglich ihrer Rechte und Pflichten Stellung genommen. Mit aller Deutlichkeit war aus den bisher gemachten Erfahrungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieser Kollegen zu ersehen, daß die Eingliederung aller nur erdenklichen Berufsgruppen in den Staatsarbeiterarif deren Interessenvertretung sehr erschwert, und daß ihre Wünsche besonders in den großen Organisationen der Staatsarbeiter nicht genügend Berücksichtigung finden können. Ein Mitbestimmungsrecht kleiner Berufsgruppen kommt dabei gar nicht ernstlich in Frage. Das gilt auch für die Buchdrucker, die inzwischen trotz ihres Sträubens dem Staatsarbeiterarif unterstellt worden sind. Ihre Zahl ist gegenüber der übrigen in Betracht kommenden Arbeitermasse in den Staatsbetrieben viel zu gering, um nach den bestehenden Bestimmungen größere Beachtung finden zu können. Es bleiben ihnen daher gewisse Entschuldigungen nicht erspart, die für die Anhänger großer Industrieverbände lehrreich und sehr dämpfend wirken können. Nachdem bis vor kurzem die tarifliche Entlohnung für die Staatsarbeiter eine bessere zu sein schien als jene in unserm Gewerbe, wünschten unsere Kollegen in staatlichen Druckerabteilungen ihre Eingliederung in den Staatsarbeiterarif; jetzt aber, nachdem der gewerkschaftliche Buchdruckerarif wieder den Staatsarbeiterarif teilweise überholt hat, wünschen die betreffenden Kollegen wieder die Entlohnung nach dem Buchdruckerarif und dementsprechend auch wieder in die Tarifgemeinschaft im Buchdruckergewerbe hineinzukommen. Das Tarifwerk für die Staatsarbeiter verläßt aber eine solche Zerstückelung nicht; es ist nicht angängig, nur die Rollen aus beiden Arifen herauszusuchen und für sich in Anspruch zu nehmen, d. h. je nachdem einmal für den Staatsarbeiterarif und das andere Mal für den Buchdruckerarif zu schwärmen. Es muß da eins ins andre gerechnet werden. Der momentan besseren Entlohnung nach dem Buchdruckerarif stehen im Staatsarbeiterarif immer noch längere Ferien, Kinderzulagen und sonstige Vergünstigungen gegenüber; außerdem stehen auch für die Staatsarbeiter in kurzer Zeit wieder neue Tarifverhandlungen bevor, wobei die großen Organisationen (insbesondere die Eisenbahner) schon dafür sorgen werden, daß auch unsere Kollegen in der Entlohnung nicht zu kurz kommen. Mit der Zeitfrage haben diese besonderen Verhältnisse nichts zu tun. Wer unsern Verband angeht, hat auch die entsprechenden Beiträge zu bezahlen. Und wie notwendig es ist, daß die Buchdrucker in Staats- oder Gemeindebetrieben unsern Verband angehen und freu bleiben, ergibt sich z. B. aus dem Verhalten der Postverwaltung, die mancherorts bestrebt ist, zur Herstellung reiner Buchdruckerarbeiten ungelernte Arbeiter an Stelle von gelernten Buchdruckern zu beschäftigen; daß dadurch die teuren Maschinen, Apparate, Schriften usw. in ganz unrentabler Weise ausgenutzt werden, sehen die dafür verantwortlichen Bureaukraten und Geheime nicht ein; für sie scheint billig und schlecht die Parole zu sein: Da die staatlichen Buchdruckabteilungen bezüglich ihrer qualitativen Leistungsfähigkeit noch sehr verbesserungsfähig sind, so dürften sich aus dieser beschränkten technischen Zulassung zweifellos große Nachteile für die betreffenden Staatsbetriebe einschleichen, davon betroffener Kollegen erwachten, die nur verhört werden können, wenn eine starke Berufsorganisation hinter den letzteren steht. Von selten des Verbandsvorstandes wird nach dieser Richtung alles getan, um solche Auswüchse und Benachteiligungen der Kollegen in Druckerabteilungen von Staatsbetrieben zu verhindern oder zu befehlen. Voraussetzung dafür ist jedoch u. a. auch, daß dem Verbandsvorstand entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Gegenüber Zweifeln bezüglich der Unterfügungsansprüche und Beitragszahlung wurde festgestellt, daß Kollegen, die nur den ordentlichen Beitrag bezahlen, kein Anrecht auf erhöhte Krankenunterstützung haben; das gilt auch für ausgesetzte Kranke. Die Gewährung von Notstandsbeihilfen für ausgesetzte Kranke kann erst durch

die nächste Generalversammlung beschlossen werden. Die volle Beitragszahlung kommt für alle Vollbeschäftigten in Betracht; wo infolge ungenügender Beschäftigungsmöglichkeit nachweisbar erhebliche Lohneinbußen zu verzeichnen sind, können bezüglich der Beitragsbeiträge unter vorläufiger Prüfung der Gauvorstände in Einzelfällen Ausnahmen gemacht werden. Auf dem Gebiete der sogenannten Notstandsunterstützung für Arbeitslose haben sich nach und nach Auswüchse eingeschlichen, die beseitigt werden müssen, und zwar nicht nur zur Bekämpfung unbedeutender Ausbeutung der Opferlosigkeit der Kollegenchaft, sondern auch als Abwehr gegen einzelne, die jeder Arbeitsgelegenheit absichtlich aus dem Wege gehen.

Zu einem Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Vorstände der Zentralverbände über Festlegung des 1. Mai und des 9. November als gesetzliche Feiertage wurde dahingehend Stellung genommen, daß die Entschuldigungen und Erleichterungen dieser Angelegenheit auf parlamentarischen Wege, und zwar durch die politischen Parteien, herbeizuführen sei. Die Gesamtorganisation kann zu ähnlichen Vereinbarungen in dieser Richtung keine einheitliche Anweisung ergehen lassen.

Eine Anfrage des Vertreters der Freien Faktorenvereinigung in Hinsicht auf tarifgemeinschaftliche und organisatorische Wünsche wurde der nächsten Generalversammlung des Verbandes zur Entscheidung überwiesen.

Eine den Zeitverhältnissen entsprechende Neuregelung des Interatensens im Verbandsorgan wird nach kurzer Debatte einer Verständigung zwischen Verbandsvorstand und Redaktion überlassen.

Aber den Stand der Verhandlungen mit den Steindruckern über die Zulassung von Buchdruckern zur Bedienung von Offsetmaschinen wurde berichtet, daß die Beratungen noch zu keinem endgültigen Resultat geführt haben. Die gegenwärtige Lage im Steindruckergewerbe ist für diese Veröberung von ausschlaggebender Bedeutung; doch kann gesagt werden, daß sich die beiderseitigen Auffassungen schon wesentlich nähergekommen sind, so daß bei der nächsten Konferenz eine Verständigung möglich sein dürfte.

Eine längere Aussprache zitierte dann noch die Lehrlingsabteilung. Es soll danach in nächster Zeit an eine ernsthafte Vertiefung und Durchföhrung des aufgestellten Programms für diesen jüngsten Zweig unseres Verbandes herangetreten werden. Verbandsvorstand und Bildungsvorband wurden beauftragt, in diesem Sinne sich über die zweckmäßigsten Schritte zu verständigen. Doch wird nach wie vor die Durchföhrung dieser Aufgaben in der Hauptache von den Ortsvereinen übernommen werden müssen; wobei der Verbandsvorstand auf entsprechende Vorschläge der Gauvorstände bereitwillig Beistand leisten wird. Doch kann dies vorerst infolge der Überlastung des Verbandsvorstandes durch die Tariffragen und fast ununterbrochenen Lohnbewegungen nicht durch Entsendung von Referenten u. dgl. geschehen, vielmehr müssen sich Kollegen in den einzelnen Mitgliedschaften, die besondere Beschäftigung und Neigung für die gewerkschaftliche Vertiefung der Wünsche unserer Lehrlinge haben, in erster Linie zur Verfügung stellen. Es soll keine überspannte fachtechnische Einseitigkeit einreichen, sondern beruhsfreudige und lebenswahre Zusammenfassung mit entsprechender Föhrung unserer Lehrlinge. Insbesondere für die Lehrlinge an kleinen Orten soll in Zukunft mehr getan werden. Technische Vorträge und Aussprachen einfachster Art, Wanderungen, Betriebsbesichtigungen, Lichtbildervorträge, Reiseerzählungen usw. können nach allen bisher gemachten Erfahrungen als zweckmäßigste Hilfsmittel zur beruflichen und gewerkschaftlichen Heranbildung der zukünftigen Buchdrucker-genera-tion gelten. Allseitig kam der Wunsch und Wille zum Ausdruck, auf diesem Neuland in Zukunft kräftiger und tiefer einzugreifen als bisher. Und wir hoffen, daß sich allorts noch mehr Freunde der Jugend finden, die sich in den Dienst dieser edlen Kultur-aufgabe stellen, und sei es auch nur durch persönliches Beispiel im kollektalen Verkehr im Betriebe gegen jung wie alt im Geiste gewerkschaftlicher Gesinnung, die nach oben wie unten sich stets bewahrt bleibt, daß nur der die Freiheit und das Leben verdient, der sie fähig sich erobern muß!

Bereinigung der russischen Seher in Berlin

Am Sonntag, dem 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofstraße 2;

Monatsversammlung

Tagesordnung: 1. a. Vortrag des Mitgliedes des Hauptvorstandes des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Kollegen Schweinhilf: „Die russische Vertretung auf dem Internationalen Buchdruckerkongress in Wien.“ [341]
Zu vollständigem Besuche ladet ein Der Vorstand.

Neue, große Roggen- und Mischfahrgelinge, etwa 3 Jhr. Sonne 410 Mk., 1. Sonne 225 Mk., 2. Sonne 140 Mk., 1. Sonne 70 Mk., Pöllsch 24 Mk., dgl., 1. To. 280 Mk., 1. To. 185 Mk., 1. To. 108 Mk., 1. To. 58 Mk., Pöllsch 20 Mk., Pöllsch 18 Mk., Brauer, 39 Mk., Wismarcker, od. Wollmops 38 Mk., Feldhül, 6,50 Mk. p. Pfd., S. Pelow, Hamburg 30A86.

Edamer Käse

Prima 11/12, 14, 45 und 18, 25 Mk. Edamer Käse, 1. Klasse 11, 25 und 14, 45 Mk. 60 Sarger Käse 35, 50 Mk. Hugo Schwebel, Hamburg 22 A.

Schrieffeher

an selbständiges Arbeiten gewöhnt und mit Korrekturkenntnissen vertraut, wird in dauernder Stellung gesucht. [369]
Offerten mit Gehaltsangabe erbiten Sinfel & Co., D. m. b. H., Leipzig-Dölitz.

Monolinefeher

Gür unsere Maschinenlehre, Abteilung Zellungsabf., suchen wir einen Ge-wandten [227]

Verbandsnadel

(B. d. D. B.) in echt Email 7 Mk., empfehl. St. Stigl, München 9.

Bandwurm (Eul- u. Madenwürmer)

diese Schmarotzer entziehen dem Körper die besten Säfte, der Mensch wird blüun, nervös, elend und fähig. Zehnjährige und blutarme Frauen und Mädchen, Magen- und Geschwulstleiden sowie nervöse Personen usw. leiden in den meisten Fällen an Eingeweidewürmern, erkennen aber ihre Krankheit nicht. Ehe Sie etwas dagegen unternehmen, verlangen Sie Auskunft gegen 1 Mk. in Kassenheften. Kleine Sangerkur! [6]
Wurm-Rose, Hamburg 11 a 121.

Werttätige!



Einsichtige!

Steigert die Zinskraft eurer Ersparnisse! Erwerbt

Teilschuldverschreibungen

der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg
in Stücken zu 500, 1000, 5000 oder 10 000 Mark.

Verzinsung 5 1/2 Prozent im Jahr.

Bedruckte Bedingungen sind in allen Consumvereinen zu haben oder abzufordern bei der
Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52

Drucker- und Maschinenmeisterverein Hannover
beruft als Kreiszentrale der M. M. V. im Gau zum Sonnabend, dem 12. November,
Sonntag, den 13. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im kleinen Saale des
„Wolfsheims“ abends 8 Uhr, eine [379]

Vorstandskonferenz

nach dem „Wolfsheim“, Hannover, Nikolaistraße 10, ein.
„Wolfsheims“

Erster hannoverscher Maschinenmeistertag

Neben technischen und tariflichen Fragen wird Kollege Erbs (Berlin) über
„Der Offsetdruck und seine Bedeutung für den Buchdruck“ sprechen.
Anmeldungen zu beiden Tagungen wollte man an Kollegen M. Kober,
Hannover, Bahnenwalder Straße 88, richten.

Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen!

Wer im Leben vorwärts gekommen ist, hat dies in den meisten Fällen seiner tatkräftigen Arbeit, seiner Energie, seiner Unternehmungslust zu verdanken. Reiden Sie deshalb niemand seine Erfolge, sondern nehmen Sie sich ihn zum Vorbild. Machen Sie es ebenso wie er. Wenn Sie den Weg, der aufwärts führt, nicht kennen, so benutzen Sie unser Werk „Geschäfts-Ausbildung“ von Hans Glon als Wegweiser. Dieses Werk erzählt vom gleichzeitigen, klaren Denken. Wenn Sie es durchgearbeitet haben, wissen Sie, wie man jede Sache anfangen muß, um sie zum Erfolge zu führen. Bestimmen Sie unsere ausführlichen Prospekt G 39. Dessen Zuführung erfolgt vollständig kostenlos. Schreiben Sie aber heute noch, morgen haben Sie es schließlich vernessen und damit den ersten Schritt zu Ihrem Vorwärtkommen wieder verpaßt. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung Prof. Dr. Langenscheidt, Berlin-Schöneberg, Bahnhofsstraße 29/30. (Gegründet 1856.)

Teilzahlung

Gute Waren zu soliden Preisen

Katalog mit 1000 Abb. kostenfrei

Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen!

Uhren, Zimmeruhren, Gold-, Silber-, Lederwaren, Koffer, Rucksäcke, Leiterwagen, Musikinstrumente und Sprachapparate, Kameras, Rasiermesser, Schuhe, Haarschmuck, Kämme, Parfüme, Rasierartikel und Pfeifen

Praktische Geschenke

Jonass & Co. Berlin 8407
Balle Alliance-Strasse 7-10

Tüchtiger Stereotypneur

für Zeitung (Rundstereotypneur), Nacharbeit, sofort oder später gesucht.
„Wolfsheims“, Münster 1. 21.

Bochum! Gelsenkirchen! Junger, tüchtiger Setzer

19 Jahre alt, sucht angenehme Dauerstellung, wo ihm Gelegenheit geboten ist, sich an der Schlußmaschine auszubilden.
Offerten unter W. K. 357 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Essen! Ferne! Junger Akzidenz- und Inkeratensetzer

gewöhnt an hohes und korrektes Arbeiten, wünscht sich sofort in angenehme Stellung wieder unter einer Aufsicht zu veranlassen. P. Wunsch, bevor. Zeugnisse gut.
Weil. Offerten unter Nr. 378 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Stereotypneur Linotypsetzer

für Rund- und Flachdruck und zwei gesucht.
„Germania“ H. G. Berlin C 2, Stralauer Straße 25. [377]

Perfektler russischer Linotypsetzer der auch deutschen Maschinenlag herstellt, findet bei uns dauernde Beschäftigung.
Angebote sind zu richten an Nummer & No, Berlin C 2, Neue Promenade 6. [371]

Tüchtiger, korrekter Setzer für Idealmaschine in dauernde Stellung gesucht.
Wachenloh 10 Mk. über Tarif. [388] Wilhelm Waltherr, Oldenburg i. O.

Zünftiger Monolinefeger wegen Wohnungsmangel lediger, sofort für Tageszeitung gesucht. Bezahlung über Tarif. [372] Bewerbungen mit Zeugnisabschriften erbeten an „Wolfsheims“, c. O. m. b. H., Suhl.

Zünftiger Monolinefeger zum 7. November in angenehme, dauernde Stellung gesucht.
Nationaldruckerei Hamburg 22, Boll. Kamp 104.

Zuverlässiger Rund- und Flachstereotypneur sowie ein still und sauber arbeitender Maschinenmeister finden Stellung. [367] Buchdruckerei Marschner & No., G. m. b. H., Frankfurt a. d. O., Oberstr. 34.

ledig, für sämtliche Schriftsetzearbeiten eventuell auch [376]

Zu suchen Gensch & Henze, Schriftsetzerei, H. G. Hamburg 22.

absolut selbständig und tüchtig in seinem Akzidenz- und Illustrationsdruck, ältere, erfahrene Kraft, mit Universal-Druckapparat vertraut, in gutbezahlte Dauerstellung gesucht. [373] Buchdruckerei Giese, Bonn.

Zuverlässiger Monotypsetzer zum sofortigen Eintritt gegen gute Bezahlung für dauernd gesucht. [380] Joseph Hübel & Friedrich Pustel, Verlagsbuchhandlung, Regensburg.

Erlebensqualität, liebreich Bezner & Hoff, Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.

Korrektor

28 Jahre alt, deutsche Sprachlehre und Rechtschreibung voll beherrschend, mit guter Allgemeinbildung, in ungehinderter Stellung, sucht als Zeitungs-, Zeitungs- oder Verhorrhektor in Sachsen. Angebote erbeten unter Nr. 389 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Nach Mannheim

Junger Buchdrucker, im 22. Lebensjahre lebend, mit dem Anlegeapparat „Universal“ sowie mit dem Anlegeapparat halb Gauger, halb Dur bestens vertraut, im Akzidenz-, Platten- und Mehrfarbendruck nur Gutes leisten, sucht Stellung als

Maschinenmeister

oder wünscht sich zur Unterfertigung des Betriebsleiters oder Faktors zu verändern. In Bureauarbeiten sowie im Korrekturen lesen bewandert, schöne Handschrift, gute orthogr. Kenntn. Nordbadens, Mannheim oder Umgebung bevorzugt, aber nicht Bedingung.
Für größere Betriebe bitten ihre Angebote unter Nr. 386 einzufenden an die Geschäftsstelle d. Bl.

Flotter, arbeitsfreudiger Akzidenzsetzer

22 Jahre alt, in Flachstereotypie bewandert, sucht sich zu verändern, am liebsten, wo er Gelegenheit hat, sich auch an der Schlußmaschine auszubilden.
Offerten erbeten unter Nr. 384 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Inkeratensetzer

Junger Schrifffeger sucht Stellung als Inkeratensetzer, eventuell als Akzidenzsetzer. Kenntnisse in Flachstereotypie. [370] Werte Angebote unter Nr. 379, Müllingen in Baden, Mühlweileralstraße 20.

Tüchtiger, gewissenhafter Akzidenz- und Inkeratensetzer (ledig), Masseur einer zweifarbigen Zellschrift, wünscht sich in angenehme Stellung zu verändern. [354] Angebote an E. Eichhorn, Gera (Reuß), Bauvereinsstraße 39.

Typographischer

A und B. 21-jährig, still und korrekt, wünscht sich zu verändern. Eventuell Umlernen an anderen Modellen. Suchender ist gewandter Akzidenz- und Akzidenzsetzer mit neuzeitlicher Geschmacksrichtung. [365] G. Streppel, Böhrenfeld (Rab.), Oberg. Bahnhofstraße 7 a 1.

Typographischer

erster Kraft, korrekt, gründlicher Maschinenkennner für alle Modelle, neun Jahre Praxis, sucht für 14. November oder früher angenehme, dauernde Stellung bei entsprechender Bezahlung. Beste Zeugnisse vorhanden. Sachsen und Thüringen bevorzugt.
Weil. Off. unter H. R. 348 mit Gehaltsangaben an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger Akzidenzsetzer möchte sich als Linotypsetzer

ausbilden. Wo bietet sich Gelegenheit? Nähere Angaben unter Nr. 385 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maschinenmeister

geprüfter Meister, ledig, 1a Fachkenntnisse im Rotations- und Flachdruck, mit regem Geschäftsinteresse, guter Disponent, wünscht sich in lebhafte Stellung zu verändern.
Weil. Angebote unter P. F. 343 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Nach Würzburg

Maschinenmeister geleht. Alters, die gel. Drucktechnik beherrschend. Spezialist im Farben- u. Illustrationsdruck, Apparatkenntnis, wünscht sich in Würzburg a. vers. änd. D. Rüdiger, Würzburg, Käselgasse 8.

Schweizerdegen

21 Jahre alt, bewandert im Akzidenz- und Galvanoplastik sowie in Flachstereotypie, sucht sich zu verändern.
Weil. Angebote unter Nr. 384 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gesangverein „Gutenberg“ Leipzig

Achtung Sänger! Wähle Abendsstunden Sonnabend, den 29. Oktober, 6 Uhr, und Mittwoch, den 2. November, 7 Uhr. [374] Der Vorstand.

Reparaturen, Montagen

werden gut und billig ausgeführt von Ludwig Morfensien, Düsseldorf, Jordanstraße 7.

„Der Blinde mit dem Führerhund“

interess. Originalroman, lehrreich. Vier Oktavseiten mit Bild auf Kunstbrunnen Preis 2 Mk., geg. vorh. Einfind. über per Nachn. portofreie Zustellung. [390] Kreisbibliothek Johann Hinrich (ehemaliges Verbandsmitglied), Berlin W 39, Wogenstraße 16.

Einen gangbaren Weg zum Vorwärtskommen

zeigt allen Kollegen mit eigenem Hausfond an allen kleineren und mittleren Orten unentgeltlich Kollege M. Sagenbucher, Müllingen i. Wd., Warenburgstraße 19.

Neu erschienen:

Druckerbrief

Nummer 13
Der Werkführer
u. Obermaschinenführer A. Pöcher
Der reichhaltige Text
9 Tafeln mit Zeichnungen bieten gründliche, neuzeitliche Anleitung für die Technik des Werkdrucks.

Zu beziehen gegen Einzahlung von 5,50 Mk. einschließlich Porto und Verpackung vom Verlag Julius Müller, Leipzig Postfachkonto Nr. 6621.

Rauch's Registerreglefen

helfen Registermachen bei Farben- und Plattendruck. Preiswert höfentlich.
Rauch's Anlegemarken sind die zuverlässigsten bei Ein- und Farbendruck. Aufklebbar wie Quadraten und ausspannbar auf Stahlband. [107] Lehrbücher für Drucker sowie alle Werkzeuge für Satz und Druck in Qualitätsware nach Preisliste. M. Rauch, Stuttgart, Sobenjohannstr. 9.

Ahlen, Einzelten, Zurechtgeren, Gaultbriefe, Farb. Tabellen, Preisliste

frei. Graph. Verlagshaus Th. Zellholz, (Unterführdeim-Stuttgart, Vohlstraße 1.

Sekretale und Kästen

solche Formulare, Sekretale, Mahcasselle, Malzen- und Farbenbehälter, Gahbreiter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager
Wegner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.

Jeder Herr

verlange sofort gratis Katalog 12 über elegante, preisbillige Herrenkleidung
Achtung! Für die wichtigsten Geb. Anricht. Viel Anerkennungen.
Verlagshaus G. Kaffer, München, Tal 19.

Wolffs preisgekrönte Bronzefinktur Kosmos

ist Zusatz zu Goldstempeldruckfarbe. In ersten Firmen mit großem Erfolg eingeführt.
Wolffs Trockenmittel „Corso“ für Stein- und Buchdruck, ist bis jetzt das beste, mit höchster Anerkennung, ohne Konkurrenz, und dürfte bei des in keiner Anstalt fehlen. Ein Versuch der Stoffe genügt! Probefloschen 2,5 kg, Originalindolen von 5 kg ab. Bestmögliche Generalvertretung in Lager für Sachsen: Frey Zufolge, Leipzig-Schönefeld, [17] Sumpflstraße 13.
S. S. Wolff, G. m. b. H., Fabrik von Bronze- und Trockenmittelkuren, Detmold.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einselnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuführen.

Beilage zu Nr. 126 — Leipzig, den 29. Oktober 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Druck und Versand der nächsten Nummer erfolgen einen Tag später, da der Reformationsstag (31. Oktober) in Sachsen noch Feiertag ist.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung am 24. Oktober. Tagesordnung: „Stellungnahme zu dem Beschlusse der aus dem Massini-Seemanns-Abkommen entstehenden Differenz.“ Kollege Massini präsierte zunächst den von der letzten Generalversammlung eingegangenen Standpunkt und stellte mit, daß er dieserhalb sofort Veranlassung genommen habe, mit der Prinzipalität zu verhandeln, um den Konflikt bei der Firma Mofse aus der Welt zu schaffen. Der bekannte ablehnende Standpunkt der Mofse'schen Kollegen habe sich dahin ausgewirkt, daß bei einem großen Teile der Betriebe Berlins die Kündigung ausgesprochen wurde und in vier großen Betrieben infolge Verweigerung der Herstellung des „Berliner Tageblattes“ die sofortige Aussperrung des Personals erfolgt sei. Den Bemühungen des Kollegen Schliebs sei es inzwischen gelungen, das Personal der Firma Mofse zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, nachdem eine schriftliche Bürgschaft für die Regelung der Angelegenheit im Sinne des Personals gegeben wurde. Wenn auch dem Kollegen Schliebs seitens der Prinzipale schwere Vorwürfe ob seines Eingriffs in den Konflikt und der gegebenen Zusage gemacht werden, so sei ihm doch Dank auszusprechen für die Befreiung einer drohenden Gefahr im gesamten Gewerbe. Er, Redner, sei gleichfalls für die Aufnahme der Arbeit einzutreten, wie ernst die Situation stand, habe die Entwicklung der Sache gezeigt. Die Kollegen von Mofse waren sich der auf ihnen lastenden Verantwortung bewußt und nahmen, gefügt auf die ihnen gegebene Zusage, die Arbeit auf bei Aufnahme der folgenden Resolution: „Die Versammlung beschließt nach Kenntnisnahme des Berichts der Funktionäre, im Vertrauen auf die Erfüllung der gegebenen Versprechungen die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Sie betrachtet es als ihr gutes Recht, bei Nichterfüllung der Versprechungen den Kampf unverzüglich wieder aufzunehmen.“ Die Entspannung der Krise ist nunmehr erfolgt auf Grund der folgenden Vereinbarung: Als Abgeltung für die Differenz im Massini-Seemanns-Abkommen erhält jeder Geheile 8 Mk. pro Woche; ferner sollen die für den 15. November fälligen 25 bzw. 20 Mk. schon bei der nächsten Lohnzahlung, also drei Wochen früher, gezahlt werden. Auch die Hilfsarbeiter erhalten die 8 Mk. bzw. 80 Proz. der fälligen Novemberzulage. Der Gausvorstand habe zu diesem Angebote Stellung genommen und befürworte einmütig dessen Annahme. Kollege Wolf als Teilnehmer an den Verhandlungen besonte, daß er ein solches Freilassen und Handeln überhaupt noch nicht erlebt habe. Er bewundere den Mut der an den Verhandlungen beteiligten Funktionäre, daß sie nicht dieser Aufgaben überdrüssig werden und der Entwicklung der Dinge ihren Lauf ließen. Aber nach dem in der letzten Generalversammlung gefassten Beschlusse müsse man sich mit dem Resultat abfinden. An der sehr ausgedehnten Diskussion beteiligten sich die Vertreter aller Richtungen. Es sprachen die Kollegen Blechner, Albrecht, Martin Weiß, Fuchs, Gabben, Körber, Crott, Engelmeier, Sachs, Jahn, Braun, Zwierner und Richter. Die gemachten Ausführungen, abgesehen von einigen scharfen Redewendungen, bewegten sich in sachlichen Bahnen, waren aber durchglüht von Leidenschaft und Temperament. Es war eine Art Auseinandersetzung über praktische Arbeiterpolitik und von grundlegender Bedeutung für die Aufgaben gewerkschaftlicher Organisationsarbeit. Die gelebte Diskussion kristallisierte sich zu einem Vorschlag über die wirtschaftliche Lage der gesamten Arbeiterschaft, der das Unternehmertum mit so wenig Verständnis gegenübersteht. Im Verlaufe der Diskussion begrüßte der Versammlungsleiter Kollege Albrecht die gelegentlich der Gausvorsteherkonferenz in größerer Zahl erschienenen Gausvorsteher im Namen der Berliner Kollegenchaft, hierbei dem Wunsch Ausdruck gebend, diese auswärtigen Kollegen mögen Einblick nehmen von der Stimmung der Berliner Kollegenchaft. In seinem Schlusswort ging Kollege Massini auf die gemachten Ausführungen der einzelnen Redner ein, rüfte Tatsachen zurecht und verwies auf die praktische Arbeiterpolitik, wie sie von sich ihrer hohen Verantwortlichkeit bewußt leitenden Führer im Interesse der Allgemeinheit gefüßt werden müsse. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme der getroffenen Abmachungen; eine vom Kollegen Gabben eingetragene Resolution, die hauptsächlich von Kollegen kommunistischer Richtung verfochten wurde, verfiel der Ablehnung.

Berlin. (Korrektoren.) Die Versammlung am 9. Oktober erzielte sich eines guten Besahs. Unter „Vereinsmitteilungen“ berichtete Vorsitzender Reich über die letzte Tarifausübung, zu der auch die Zentral-

kommission der Korrektoren Anträge stellte und die er zur Verlesung brachte. Leider mußten alle Anträge und Wünsche im Interesse der Allgemeinheit für einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt werden. Zu einer regen Aussprache gab das Verhalten einiger Korrektoren der Reichsdruckerei Anlaß, die dem Verbands der Deutschen Buchdrucker den Rücken kehren und dem Werkmittelerverbande beitreten wollten. Folgende Entschliebung fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung des Berliner Korrektorenvereins am 9. Oktober 1921 verurteilt das Bestreben einiger Korrektoren der Reichsdruckerei, dem Verbands der Deutschen Buchdrucker den Rücken zu kehren, um sich dem Werkmittelerverbande anzuschließen. Sie sieht darin eine Schädigung des Verbandes und erklärt, daß Korrektoren Gebilts sind und nichts im Werkmittelerverbande zu suchen, sondern sich dem Verband und in ihm den Korrektorenvereinen anzuschließen haben.“ Das Amt des ersten Schriftführers wurde neu befehlt. Zur Aufnahme meldeten sich acht Kollegen. Die nächste Versammlung findet am 13. November statt.

Burgstädt i. Sa. Einstimmig angenommen wurde folgende Entschliebung: „Die Mittelbehörde Burgstädt protestiert gegen die große Erhöhung des Verbandsbeitrags und fordert darüber Urabstimmung, ebenfalls über zukünftige Lohnabstufung. Es kann nicht Aufgabe unserer Organisation sein, nur für soziale Unterfertigungsrichtungen zu sorgen, das ist eher Sache des gesamten Gewerbes oder richtiger des Staates. Die große Beitragssteigerung steht auch in keinem Verhältnis zu der geleisteten Arbeit auf dem Lohngebiet und der Beitragshöhe anderer Gewerkschaften. Gegen eine derartige Diskretur und falsche Lohnpolitik setzen wir uns zur Wehr, die besonders im letzteren Falle zur Zerstückelung und zur Lähmung der aktiven Kräfte führt.“

Dresden. In einer am 12. Oktober abgehaltenen und gutbesuchten Mitgliederversammlung berichtete Kollege Freitag über die Situation im Gau. Wenn auch das neue Lohnabkommen in den meisten Orten angenommen worden sei, so herrsche doch nirgends Zufriedenheit. In zwei Orten weigerten sich die Unternehmer, die Zulagen zu bezahlen. Redner schilderte auch die Situation in unsern Nachbarstaaten Ergebirge-Bohland und Leipzig. Was die Wünsche der Dresdner Mitglieder betrafte, so habe der Gausvorstand diese an die Zentrale berichtet. Es müsse angestrebt werden, daß die noch fälligen 25 Mk. eher zur Auszahlung gebracht werden. Wenn es in der letzten „Beitragssache“ heißt, daß die Verunsicherung die Oberhand gewonnen habe, so sei das Lob aus diesem Munde verächtlich. Aus der „Solidarität“ sei zu entnehmen, daß einige Kollegen in der Dresdner Hilfsarbeiterversammlung das Gattrecht mißbraucht hätten; das müsse bedauert und gerügt werden. Nach dem Berichte des Gausvorstehers fehle eine lebhafte Aussprache ein, in der allgemein das Erreichte als von der Feuerungswelle überholt bezeichnet wurde. Zu Punkt 2, „Verbandsangelegenheiten“, verlas der Vorsitzende ein Schreiben des sächsischen Ministeriums des Innern an eine Dresdner Druckerei, in dem dieser mitgeteilt wird, daß ihr ein Teil staatlicher Arbeiten entzogen werde, die nunmehr in der Waidheimer Zucht- und Druckerei hergestellt würden. Der Vorsitzende hatte deshalb eine Unterredung mit dem Minister Lipinski, die jedoch zu keinem Resultat führte. Er habe keinen Standpunkt aufrechterhalten mit der Begründung, daß die Belangen befürwortet werden müßten, die Privatdruckerei zu leuer arbeite und man 53000 Mk. sparen könne. Bei dieser Aussprache habe man auch erfahren, daß in diesen Druckereien Buchdrucker ausgebildet würden. Redner habe sich L. gegenüber scharf gegen solche Gepflogenheiten gewandt und auch betont, daß die Buchdrucker bei derartigen Maßnahmen geübt werden müßten. Man werde diese Angelegenheit weiterverfolgen.

W. Düsseldorf. (Maschinenfeger—Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 31. Juli wurde nochmals festgestellt, daß Maschinenfeger, welche Montags früh mit der Arbeit um 6 Uhr begannen, nach einem Sonntagsarbeit bezahlt bekommen. Weiter wurde festgestellt, daß dritte Schichten an Sehmächinen nur in Ausnahmefällen und nur mit Genehmigung des Tarifamts zulässig seien. Wenn die Gausvorsteherkonferenz laut „Korr.“ Nr. 86 und neuerdings der „Korr.“ selbst (Nr. 114) auf dem Standpunkt stehen, daß die Abschaffung der Sonntagsarbeit keine Angelegenheit der Maschinenfeger sei, so sind die Düsseldorf'schen Maschinenfeger der Ansicht, daß sie wohl nicht bestimmen können, ob die Drucker usw. Sonntags arbeiten, aber als freie Arbeiter doch bestimmen, ob sie selbst Sonntags arbeiten. Sie klagen sich auf das gesetzliche Verbot der Sonntagsarbeit und das Verbot der Überschreitung der 48-Stunden-Woche. Sehr richtig sagt der „Korr.“ Nr. 114, daß „tarifvertraglich die Sonntagsarbeit ausgeschlossen ist“. Klein Buchdrucker kann demnach gezwungen werden, Sonntags zu arbeiten. Schon zwei Jahre lang gibt es in Düsseldorf keine Sonntagsarbeit mehr, kein Prinzipal hat deshalb Konkurs angemeldet, man hat sich allezeit daran gewöhnt. Die Klassenverhältnisse sind gute. Ein Kollege wurde aufgenommen. Die Augustversammlung fiel aus. — In der Versammlung

am 25. September machte der Vorsitzende u. a. darauf aufmerksam, daß hier Bestrebungen im Gange sind, in den Betrieben eine scharfe Kontrolle einzuführen. Hierauf hielt der Vertreter der elektrischen Sehmächinenbelegung „Volla“, Kollege Baritz (Düsseldorf), über diese eine sehr interessanten Vortrag unter Vorführung der dazu benötigten Apparate. Von besonderem Interesse war die Anwesenheit zweier Elektrotechniker, die in die Debatte eintraten. Der Vortragende verstand es, den Anwesenden eingehend die Vorteile der elektrischen Belegung vor Augen zu führen und sie in die Geheimnisse derselben einzuwelken. Von ganz besonderer Bedeutung bei dem Vortrage war die wichtige Frage: „Winkler“ oder „Volla“-Seilung? Alle Anwesenden waren mit dem Vortragenden der Meinung, daß die „Volla“- (Ruben-) Seilung der „Winkler“- (Zinnen-) Seilung vorzuziehen sei, weil allgemein anerkannt wurde, daß es richtiger ist, wenn erst der Kessel und dann das Metall erwärmt wird. Bei der „Winkler“- Seilung dagegen wird zuerst das Metall heiß und durch die Dehnung desselben können sogar die Kessel platzen. Eine weitere wichtige Frage war die, welches System am wenigsten Strom verbraucht. Der Vortragende konnte an Hand von Belegen einwandfrei nachweisen, daß die „Volla“- Seilung weniger Strom braucht als die „Winkler“- Seilung. Alle Maschinenfeger hatten den Wunsch, bald elektrisch „beheizt“ zu werden. Der Vorsitzende sprach dem Vortragenden den Dank der Versammlung aus. Es war sehr zu beauern, daß nur ein gutes Dutzend der Maschinenfeger anwesend war, ein Beweis von der großen Interesslosigkeit derselben an der Sparte. Schon seit Jahren befehlt sich nur ein Dutzend am Spartenleben. Hoffentlich bessert sich dieser Zustand bald.

W. Frankfurt a. M.-Offenbach. (Maschinenmeisterverein — Vierteljahrsbericht.) Nach Erlebigung des geschäftlichen Teiles in der Juliversammlung, wo auch wieder verschiedene Neuaufnahmen vollzogen wurden, referierte Kollege Ernst Böhrand (Mainz) in gutbesuchter Versammlung über: „Die Zurichtung unter Berücksichtigung verschiedener MaschinenSYSTEME, Veranlassung hierzu boten die mehrfachen Artikel im „Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe“: „Fort mit dem Rassen“. Referent wies in sehr ausgiebiger Weise die Vorteile des trockenen Straßens gegenüber dem Nasseln hin. Ebenso besprach er die Herstellung der Zurichtung an älteren und moderneren Maschinen, die der jeweiligen Presse anzupassen, sei, aber auch die gesamte Arbeitsmethode der früheren Zeit, die folgende der rasant sich entwickelnden Technik als überlebt zu betrachten sei. — Die Augustversammlung brachte uns den Lichtbildervortrag des Buchdrucklehrers Herrn Kupfer (Leipzig) über den Gausapparat „Univerfal“. Er zeigte die Entwicklung aus den ersten Anfängen bis zu seiner heutigen effizienten Vollendung. Die zahlreichen Sitzungen und die bis ins kleinste erläuterten Ausführungen befreiten sämtliche Anwesende, speziell diejenigen, die an Apparaten arbeiten, was der starke Beifall und die langausgedehnte Diskussion bewies. — Am Subjekt des Darmstädter Bezirksmaschinenmeistervereins am 21. August beteiligten sich Vorstand und Technische Kommission in ihrer Gesamtheit. — Die Septemberversammlung beschäftigte sich mit einer nach Mainz—Wiesbaden am 23. Oktober zu unternehmenden Exkursion, um auch den angeschlossenen Vereinen entgegenzukommen. Ferner referierte der zweite Bezirksbeamte, Kollege Kessler, über die geleisteten und tariflichen Bestimmungen unserer Druckereiführer in großen Zügen, wobei er die ersten Anfänge bis zur jetzigen tariflichen Reihenfolge in allen ihren Teilen schilderte. Die Anwesenheit der jungen Leute und der Mitbräuer, dem sie seitens einzelner Prinzipale ausgelehrt sind, veranlaßten den Vorstand, besonders dieses Thema zu wählen; andererseits wäre es sehr zu begrüßen, wenn auch die Beihilfen ihre eigene Sache mehr wie bisher unterstützen würden. Von einem Winterkursus wurde Abstand genommen. Kollege Wänert schlug vor, sich mit dem Direktor der Gewerkschule in Verbindung zu setzen, um dort die praktische Arbeit und Ausbildung der Mitglieder unter Leitung unfres Fachlehrers, Kollegen Berger, weiter zu fördern. Preis des Kurfes 40 Mk., wozu bei pünktlichem Besuche der Verein einen Zuschuß von 15 Mk. leistet. — Am 19. September fand die Besichtigung der neuen „Univerfal“ bei der Firma Voigt & Gleiber unter sehr starker Beteiligung statt. Sämtlichen Referenten sowie genannter Firma sei an dieser Stelle nochmals unser Dank ausgesprochen.

Börsch i. Schl. (Maschinenfeger.) Das Vereinsleben war in dem abgelaufenen Sommerhalbjahr ein sehr reges. Die Versammlungen waren sehr gut besucht. Der Punkt „Technisches“ kam ausgiebig zu seinem Recht. Am 17. Juli hielt Kollege Sadt (Leipzig) in aufopfernder Weise einen Vortrag über „Entwicklung der Sehmächine, die neuesten Sicherungen zur Verhütung von Unfällen und die elektrische Belegung“. Auch Sandseger und auswärtige Spartenkollegen aus Orellfänger, Friedeburg am Quers, Zittau, Böbau und Bunsau waren Hörer des bisfokalt aufgebauten und schrecklichen Vortrags, für welchen der Vortragende reichen Beifall erzielte. Die neuesten Sicherungen demonstrierte Kollege Sadt an einer Linotype mit dem Erfolge, daß die größte Druckerei am Orte diese Neuerungen für sämtliche Sehmächinen bestellte.

Dem Kollegen Sach sei hiermit der Dank für das Gebotene ausgesprochen. Ein zweiter Vortrag, gehalten von einem Mitglied, lautete: „Schmalz und Buchdrucker“. Für die Gefelligkeit sorgten ein Vorklimateausflug und ein Ausflug nach Hilsberg. Mit letzterem war die Beschaffung der elektrischen Beheizung (Ehlfem Winkler) in der Druckerei in Friedberg a. N. verbunden, welche zur vollsten Zufriedenheit der dortigen Kollegen arbeitete. Für das bereitwillige Entgegenkommen des Druckereibesizers, Herrn Dreßler, sei auch an dieser Stelle gedankt. Infolge der regen Tätigkeit der Vereinigung ist es gelungen, sieben neue Mitglieder aus Greiffenberg, Friedberg a. N. und Konerswerda zu gewinnen, wodurch die Mitgliederzahl sich auf 31 erhöhte. — Am 29. September fand im Anschluß an ein Referat des Beihilfenvertraters Fiedler über die Tarifabschlüsse und die Steuerungszulage eine sehr stürmische Versammlung der Vereinigung statt, die deshalb erregt verlief, weil der Punkt 4 des Beihilfenvorschlages nicht verhandelt worden ist und die Maschinenlehrer wiederum leer ausgegangen sind. Ein ausführlicher Bericht über diese Versammlung mit einem Protest gegen die länderliche Veranlassung der Forderungen der Maschinenlehrer wurde der Zentralkommission überhandelt.

Hamburg-Altona. (Mitgliederversammlung am 15. Oktober.) Über 2000 stehende und arbeitende Buchdrucker füllten Saal und Gallerie des großen Saales des „Gewerkschaftshauses“, um den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern entgegenzunehmen. Kollege Thorschauer schilderte den Verlauf der Dinge nach der letzten Versammlung, in der man sich einmütig auf den Standpunkt stellte, auf keinen Fall vor Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Bemühungen Außenstehender, so des Senators Dr. Stubmann, auf Beilegung des Konflikts blieben zunächst ohne Erfolg; nur unverbindliche Bepredungen kamen zustande, weil die Unternehmer sich weigerten, mit der Lohnkommission zu verhandeln. Endlich gelang es doch, am Freitag unter Vermittlung des stellvertretenden Demobilisationskommissars Dr. Stenzel zu direkten Verhandlungen zu kommen. Wie schwierig diese sich gestalteten, zeige die Tatsache, daß sie von vormittags 10^{1/2} bis abends 7^{1/2} Uhr dauerten. Schritt für Schritt wurden die Unternehmer zu weiteren Zugeständnissen gezwungen, so daß am Abend ein Ergebnis vorlag, für das beide Parteien sich verpflichteten, einzutreten. (Wir berichteten schon in Nr. 122 über das Ergebnis der Verhandlungen. Red.) Sei unsere Forderung von 430 Mk. auch nicht reiflos erreicht, so bedeute das Ergebnis doch auf die Woche umgerechnet eine Erhöhung des Lohnes von 43 Mk. für die nächsten sechs Wochen. Daß von einer Gruppe von Kollegen schon heute morgen das Ergebnis in verzerrter Form verbreitet worden sei, müsse entschieden perurteilt werden. Alle drei Streikleistungen seien nach Abwägung des Für und Wider einmütig zu dem Ergebnisse gekommen, das Abkommen den Versammlungen zur Annahme zu empfehlen. Eine gemeinsame Versammlung sei technisch „undurchführbar“ gewesen, doch soll das Abstimmergebnis zusammengefaßt werden. Sei das Ergebnis auch durchaus kein glänzendes, so empfehle er doch die Annahme als Abschlagszahlung für die nächsten sechs Wochen. In der nun folgenden Aussprache wies Kollege Berg darauf hin, daß infolge der sprunghaft steigenden Steuererwartung gewaltige Lohnbewegungen vor der Tür stehen. Er bedauerte, daß wir nicht von vornherein eine höhere Forderung gestellt hätten. Den jetzt gebotenen Brocken könnten wir nicht annehmen. Unser Kampfeswille werde dazu führen, daß wir aushalten bis zum Siege. Kollege Thorschauer betonte noch einmal den idealen Erfolg des Kampfes für die Gesamtkollegenchaft. Er betonte, daß das materielle Ergebnis nicht befriedigend könne, empfahl aber trotzdem die Annahme. Kollege Bruhn meinte, daß wir ernsthaft überlegen müßten, ob wir einig und geschlossen weiterkämpfen oder den Kampf abbrechen wollten. Er hätte gewünscht, man wäre über das Angebot der Unternehmer zur Tagesordnung übergegangen. Das Bestreben der Unternehmer sei, im Hinblick auf die bevorstehenden großen Lohnbewegungen möglichst schnell wieder die bürgerliche Presse in der Hand zu haben. Kollege Nunkler erinnerte an seinen Standpunkt als Gegner des bürgerlichen Streiks. Er ging näher auf das materielle Ergebnis ein und empfahl den Kollegen dringend, das Angebot anzunehmen. Kollege Thorschauer ging in seinem Schlusswort auf die Aussprache ein. Er meinte, daß wir durch das einmütige Zusammenwirken der drei graphischen Berufe (Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Buchbinder) einen Schritt näher zum Industriefrieden gekommen seien, und ersuchte die Kollegen nochmals eindringlich, das Angebot anzunehmen. In der nun folgenden geheimen Abstimmung wurden 2083 Stimmgelbe abgegeben. Davon lauteten auf Ja 1536, auf Nein 538, ungültig waren 9 Stimmgelbe. In demselben Stimmenverhältnisse gelangte folgende Entschließung zur Annahme: „Die am 15. Oktober 1921 im „Gewerkschaftshaus“ verammelten Arbeiter und Arbeiterinnen des Buchdruckgewerbes Hamburgs haben dem für die nächsten sechs Wochen getroffenen, sie durchaus nicht befriedigenden Abkommen nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß nach Ablauf dieser Frist eine solche zentrale Regelung der Löhne durch neue Verhandlungen erfolgt ist, die ihren berechtigten Forderungen entspricht. Trifft diese Erwartung nicht ein, so behalten sie sich alle weiteren Schritte vor. Bestimmung für die Annahme ist nicht zuletzt die Erwägung, der Durchsetzung der einheitlichen Forderung der Gesamtkollegenchaft auf sofortige Zahlung der Mitte November fälligen Zulagen keine formellen Schwierigkeiten zu bereiten. Sie erwarten vom Verhandlungsstande, daß er kein Mittel unversucht läßt, um diese Forderung durchzusetzen.“ Kollege Corfi gab auf Wunsch die freiwilligen Zuwendungen

bekannt. Sodann wurde auf Antrag des Kollegen Thorschauer einstimmig beschlossen, daß der Ertrahbetrag von 150 Mk. wegfällt und an dessen Stelle für ein weiteres ein Ertrahbetrag von 5 Mk. für alle Mitglieder des Gewerkschafts-Altona tritt.

Reiners (Schel.) (Tarifkonflikt.) Die Beihilfen der hiesigen Buchdrucker Pöhl befinden sich im Auslande. Tariffreie Beihilfen dürfen deshalb nicht in Konkurrenz treten. Die genannte Firma ist aus der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker ausgestiegen. Sie verweigert hartnäckig auch die geringste Lohnerhöhung.

Altona. Der hier ausgebrochene Streik wurde nach dreitägiger Dauer durch friedliche Vereinbarung beigelegt.

□ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. In Kempen (Rhein) erfreute die Thomas-Druckerei die Kollegen Stereotypierer Mathias Niemann und Maschinenlehrer August Böthen anlässlich ihres 25jährigen Haus- und Berufsjubiläums mit einem Geschenke von 500 Mk. — In Anerkennung der Hingabe der Beihilfenchaft gewährte die Firma Carl Märker Nachl. (Alfred Geißberg) in Thalheim (Ergeb.) ihrem Personal eine einmalige Beihilfe in Höhe von 100 Mk. für Verbeiratsle und Ledige. In Betracht kommen fünf Kollegen. Ein Kollege mit kürzerer Beschäftigungsdauer erhielt entsprechend weniger. — Eine schöne Handlungsweise eines kleinen Prinzipals in einer kleinen sächsischen Stadt ist jedenfalls die nachstehend im Wortlaute folgende Erklärung an sein Personal: „Angesichts der für alle schwierigen Existenzverhältnisse überreiche ich heute meinem Personal, soweit es meine schwachen Kräfte zulassen, eine kleine Beihilfe. Es kommen diejenigen Personen in Frage, die schon längere Zeit bei mir tätig sind, und die Beträge sind gestaffelt nach Maßgabe der Familienverhältnisse und des Standes im Betriebe. Die Beihilfe gewährte ich mit allem Vorbehalt und bemerke besonders, daß damit ein Recht der Wiederforderung für die Empfänger nicht geschaffen werden soll, womit ich nicht sagen will, daß bei günstigem Betriebsergebnis nicht wiederum einmal von mir eine Beihilfe gewährt wird. Auf Sie entfällt der Betrag von 500 Mk., den Sie einfindig vorfinden.“

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Düsseldorf bestand der Kollege Heinrich Gierkes aus Kempen (Rhein) die Meisterprüfung mit Erfolg.

„Volksfürsorge“ in Hamburg. Die grauenvolle Katastrophe in Oppau lenkt das soziale Mißgefühl der ganzen Welt auf die trostlose Lage der Hinterbliebenen der auf dem Schlachtfelde der Arbeit Gebliebenen. Reiche Hilfe wird ihnen zugebracht, enorme Summen bringt das Mißgefühl auf, größere Summen wird sie denen auskehren, deren Männer oder Väter in welcher Fürsorge für das Wohl ihrer Familie rechtzeitig Versicherungen eingegangen, wofür die entsprechenden Versicherungssummen jetzt voll zur Auszahlung kommen, da es sich in all diesen Fällen um einen Tod durch Unfall handelt. Man denke aber auch an die nach vielen Tausenden zählenden Anfälle des täglichen Lebens, von denen die Allgemeinheit nichts erfährt, deren materielle Vimerung einzig und allein in die Hände der rechtzeitig vorliegenden Opfer selbst gelegt ist. Jeder deutsche Arbeiter, der täglich mit derartigen Gefahren rechnen muß, sollte sich rechtzeitig bei der „Volksfürsorge“ mit einer möglichst hohen Summe versichern, um seine Angehörigen vor materiellem Elend zu bewahren.

Im den Achtstundentag in allen Staaten. In allen Staaten wird von den Unternehmern gegen den Achtstundentag Sturm gelaufen, ob er nun gemäß der Washingtoner Konvention, gemindert oder durchlöcherig zur Durchführung kommt. Zu den Vereinigten Staaten, England und Schweden, die die Annahme der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag verweigern, ist nun auch Holland getreten. Unter Berufung auf das Verhalten dieser Staaten werden auch noch andre Länder, deren Stellungnahme noch sehr zweifelhaft ist, sich dagegen erklären, „weil sonst die ausländische Konkurrenz die nationale Industrie gefährdet“. In Holland kann noch jetzt, wenn das letztere aus gegeben erscheint, der Achtstundentag aufgehoben werden. Es soll aber, um einen sozialen Anstrich zu wahren, noch Geseh werden, daß es möglichst nur gelassen kann, wenn sich Unternehmer und Arbeiter darüber einig sind. In Deutschland wehrt sich das Unternehmertum mit Fänden und Füßen gegen die Festlegung des Achtstundentags durch das Reichsgesetz ebenfalls und begründet es mit der Konkurrenz aus dem Auslande. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ vom 16. Oktober leibt aus diesen und andern Gründen den bekannten Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter ab, den die Arbeiterchaft wegen seiner Unvollkommenheit und Durchsicherungsmöglichkeit gleichfalls abgelehnt hat. Die Unternehmer möchten sich mit einer Verordnung über den Achtstundentag, wie es bisher durch die Demobilisationsverordnung geschah, auch weiterhin „befehdeln“, jedenfalls in der Hauptsache nur deswegen, weil sie sich leichter befehlen läßt als ein Gesetz. Wenn auch die Regierung als Mitglied der internationalen Arbeitsorganisation die Verpflichtung habe, ein Gesetz über den Achtstundentag (auf mindestens elf Jahre und die 48stündige Woche) einzubringen, so bestehe damit noch nicht die Verpflichtung der unbedingten Annahme. Ob Deutschland den Achtstundentag durch Gesetz oder Verordnung regelt, darüber sollten die Körperchaften frei und unabhängig von internationalen Verpflichtungen entscheiden.

Überstundenunwesen und Achtstundentag. Die zum Schutze des Achtstundentags gegen das Überstundenunwesen in der Industrie gerichtete Verordnung des sächsischen Arbeitsministeriums an die Gewerbeaufsicht, beamtete hatte das gesamte Unternehmertum auf den Plan gerufen. In zügellosen Protesten machte man seinem gepöbelten Herzen Luft und das Ministerium wurde mit unzähligen Eingaben in vielfach unangemessener Zone befüllt. Die Unternehmer, die sich doch nicht zur Regelung der Überarbeit unter dem Gesichtswinkel des Arbeiterschutzes bereit erklärt hätten, verlangten Gleichberechtigung beim Bestrafen und donnern mächtig gegen die einseitige Bevorzugung der Gewerkschaften. Sie verlangten sogar Zurücknahme der Verfügung und drohen, jede Mitarbeit auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge abzulehnen und es sich zu vermeiden, Behörden usw. in dieser Beziehung Interferenzen auszulassen und politisch an dem Problem der Minderung der Arbeitslosigkeit mitzuarbeiten. Minister Fiedel nahm in einer Kundgebung öffentlich dazu Stellung, in der es auszusagen heißt: „Die Verfügung ist eine im Interesse der Arbeiterchaft und der Industrie getroffene Maßnahme. Sie wurde notwendig infolge einer Inkonsistenz, das Ansehen der sächsischen Industrie und das Wohlergehen ihrer Arbeiterchaft schwer schädigenden Ausnutzung der Valutakonjunktur durch das Unternehmertum. Geseh und Recht existieren für ganze Schichten von Unternehmern nicht mehr. Bei Tag und Nacht wurde ohne Erlaubnis gearbeitet und die lächerlich geringen Strafen machten keinen Eindruck. Wie die Gesehe, so ignoriert man auch die mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge. Sachsen hat verhältnismäßig die größte Arbeitslosigkeit aufzuweisen und deshalb müssen besondere Maßnahmen getroffen werden. Wo Arbeitskräfte fehlen, lassen sich sehr auf Arbeitslose aus andern Berufen anlernen. Sie übrigen berührt es lessam, wie diejenigen, die jahrzehntelang und auch noch im Kriege die Arbeiter losfemalisch von den Zusammenkünften in den Ministerien ausschalteten, sich heute aufregen, wenn sie nicht bei jeder Gelegenheit ihre gewichtige Stimme in die Waagschale werfen können. Diejenigen Leute haben das Recht auf Gleichberechtigung verworfen. Die angebliche Bevorzugung der Gewerkschaften soll für die Zukunft von Rechts wegen gesehlich fixiert werden.“

Gewerkschaftliche Morgendämmerung in Amerika. Der Vorstand des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat entsprechend den Beschlüssen der letzten Tagung des Bundes (Juni 1921) unter dem 6. Juni 1921 an den Internationalen Gewerkschaftsbund ein Schreiben gerichtet, das sich mit dem Wiederantritte der amerikanischen Gewerkschaften an die Internationale befaßt. In diesem Schreiben wird in der entgegenkommendsten Weise eine Verftändigung vorgeschlagen, damit die gegenseitige Kritik aufhöre und der gemeinsame Zweck erreicht werden kann, nämlich die Schaffung eines wirklichen Internationalen Gewerkschaftsbundes, „durch den die Interessen der Arbeitermassen der ganzen Welt wirksam geschützt werden können.“

Gestorben
In Pöhlitz am 15. September der Seher Paul Wischke aus Charlottenburg, 55 Jahre alt — Altonaer; am 23. September der Druckerwalde August Berger aus Proßhitz, 80 Jahre alt — Schlaganfall; am 1. Oktober der Seher Arthur Wilde aus Pöhlitz-Reulahl, 32 Jahre alt — Lungentuberkulose.

Briefkasten
S. K. in Marne: Die besondere Berichterstattung über Stellungnahmen zum letzten Lohnabkommen ist abgeschlossen. — W. M. in Hamburg: Wunsch wird gelegentlich erfüllt werden. — G. C. in A.: Mit einigen Minderungen erfolgt Aufnahme. — A. W. in M.: Vielteilig schon bald. — R. S. in C.: Kommt gelegentlich daran. — W. A. in C.: Der überflüssige Artikel wird von uns gelaufen werden und dann Aufnahme finden. — S. J. in S.: Über Notwendigkeit dieser Einigung kann man streiten, können uns daher im Augenblick noch nicht für Aufnahme entscheiden.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Charnissofplatz 5 II.
Fernsprecher: 2111 Kurfürst, Nr. 1191.

Behandlung
Stattfiskarten für die Zahlung der Arbeitslosen einfinden!

Wir eruchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einfindung der grauen Stattfiskarten über die Arbeitslosigkeit im Monat Oktober 1921: 7. November 1921, möglichst einzuhalten. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Stichtag ist der 29. Oktober. Die Karten müssen auch dann eingelaufen werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden waren. Auf richtige Frankierung der Karten ist zu achten!
Die Hauptverwaltung.

Bezirk Stargard i. Pom. Das Buch des Kollegen Johannes R. u. H. (Saupbuchnummer 88728), ausgeleitet vom Gau Düsseldorf am 27. Oktober 1921 unter Nr. 1351, ist auf der Post verloren gegangen und wird hierdurch für ungültig erklärt. Dem Kollegen R. u. H. ist ein neues Buch ausgeleitet.

Verammlungskalender
Frankfurt a. M.-Offenbach. Maschinenmeisterversammlung Freitag, den 4. November, abends 6 Uhr, im „Erdacher Hof“ in Offenbach.
Frankfurt a. M. Maschinenmeisterversammlung Freitag, den 11. November, nachmittags 5 Uhr, im „Kempferbräu“.
Pöhlitz a. M. Maschinenmeisterversammlung heute Sonnabend, den 29. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr, im „Bürgergarten“, Innenhof 15.
Oberstein. Versammlung für alle Mitglieder aus Oberstein, Sdar, Birkelstein, Kirm und Baumholder heute Sonnabend, den 29. Oktober, abends 3^{1/2} Uhr, im „Schiffertof“ in Oberstein.
Treuem-Bengenfeld. Versammlung Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Waldhaus“.